

# Osteuropa kompakt



## Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Deutsche Übersetzung.....  | 3  |
| <b>Aserbaidshjan</b> .....   | 3  |
| Rechtsbehelfe über das Internet .....  | 3  |
| <b>Polen</b> .....   | 3  |
| Sammelkonten (omnibus accounts) im polnischen Gesetz.....  | 3  |
| <b>Rumänien</b> .....  | 4  |
| Änderung des steuerlichen Verfahrensrechts .....   | 4  |
| <b>Russland</b> .....  | 4  |
| Änderung des Datenschutzgesetzes.....  | 4  |
| Regeln des Lieferortes auf Betriebe und Dienstleistungen anwendbar.....  | 6  |
| Umsatzsteuerliche Behandlung von Summendifferenzen .....   | 6  |
| Ausfuhrumsatzsteuer bei Wertsteigerungen / Wertminderungen von<br>gelieferten Waren (Betriebe, Dienstleistungen) und Besitzrechten .....       | 6  |
| Ausfuhrumsatzsteuerhaftung des Erst- und Folgegläubigers unter Zuweisung<br>der Forderungen .....  | 7  |
| Anwendung des Null-Umsatzsteuersatzes .....  | 7  |
| Dokumentarische Unterstützung für umsatzsteuerfreie Lieferungen.....   | 7  |
| Null-Umsatzsteuersatz für den Bahntransport in die Zollunion .....   | 7  |
| Anpassung der Erstattung von Einfuhrumsatzsteuer .....   | 7  |
| Verteilung der Einfuhrumsatzsteuer auf umsatzsteuerpflichtige sowie nicht-<br>umsatzsteuerpflichtige Tätigkeiten.....                          | 7  |
| <b>Slowakei</b> .....  | 8  |
| Erweiterung der Regeln für die Bestimmung der Besteuerungsgrundlage auf<br>Marktpreisbasis auf Leistungen zwischen nahestehenden Personen..... | 8  |
| Reverse-Charge Verfahren bei Wareneinfuhr .....  | 8  |
| Änderung des Arbeitsgesetzbuches .....   | 9  |
| <b>Tschechien</b> .....  | 10 |
| Steuerreform - einen Schritt weiter .....  | 10 |
| Leistungen an feste Niederlassungen/Betriebsstätten können der<br>Umsatzsteuer unterliegen .....   | 10 |
| <b>Ukraine</b> .....   | 11 |
| Steuerstrafverfahren.....  | 11 |
| Steuerberatung.....  | 11 |
| Definition der Betriebsstätte.....   | 11 |
| Temporäre und permanente Steuerdifferenzen.....  | 11 |
| In-Kraft-Treten .....  | 11 |
| Freiwillige Anmeldung zum Umsatzsteuerpflichtigen .....  | 11 |
| Ähnliche Leistungen beratender Natur .....   | 12 |

|   |    |
|---|----|
| Kriterien für den automatischen Vorsteuerabzug .....  | 12 |
| Umsatzsteuerrechnung.....   | 12 |
| <b>Blog</b> .....   | 12 |
| <b>Englische Übersetzung</b> .....  | 12 |
| <b>Azerbaidjan</b> .....  | 12 |
| Applying to the Tax Appeal Council via Internet.....  | 12 |
| <b>Poland</b> .....   | 13 |
| Omnibus accounts in Polish law .....  | 13 |
| <b>Romania</b> .....  | 13 |
| Amendments to the Fiscal Procedural Code .....  | 13 |
| <b>Russia</b> .....   | 14 |
| Amendments to the Data Protection Act.....  | 14 |
| Place of supply rules applicable for works (services).....  | 15 |
| VAT treatment of sum differences.....   | 15 |
| Output VAT in case of increases / decreases of the value of the goods (works,<br>services), property rights supplied..... | 15 |
| Output VAT liability of the initial and subsequent creditor under assignments<br>of accounts receivable.....              | 16 |
| Application of the 0 % VAT rate.....  | 16 |
| Documentary support for supplies subject to 0 % VAT.....  | 16 |
| 0 % VAT rate on railroad transportation to the Customs Union .....  | 16 |
| Adjustment of input VAT recovery .....  | 17 |
| Input VAT allocation among VATable and non-VATable activities .....   | 17 |
| <b>Slovakia</b> .....   | 17 |
| Extension of rules for determining tax base on market price basis for<br>transactions between related parties .....       | 17 |
| Reverse-charge for the import VAT.....  | 17 |
| Amendment to the Labour Code.....   | 18 |
| <b>Czech Republic</b> .....   | 19 |
| Tax reform - a step further .....   | 19 |
| Services for establishments and branches may be subject to VAT .....  | 19 |
| <b>Ukraine</b> .....  | 19 |
| Tax administration Penalties .....  | 19 |
| Tax consultation.....   | 20 |
| Definition of permanent establishment .....   | 20 |
| Temporary and permanent tax differences.....  | 20 |
| Coming into force .....   | 20 |
| Voluntary registration as a VAT payer.....  | 20 |
| "Similar services of a consulting nature".....  | 20 |
| Criteria for automatic VAT refund.....  | 20 |
| VAT invoice .....   | 21 |
| <b>Blog</b> .....   | 21 |
| <b>Über uns</b> .....   | 21 |
| Ihre Ansprechpartner .....  | 21 |
| <b>Bestellung und Abbestellung</b> .....  | 21 |

## Deutsche Übersetzung

### Aserbaidshan

#### **Rechtsbehelfe über das Internet**

An die Abteilung für Rechtsbehelfsverfahren des Finanzministeriums kann man sich nun auch via Internet wenden. Die Abteilung für Rechtsbehelfsverfahren des Finanzministeriums überprüft die Rechtsbehelfe von Steuerpflichtigen (inklusive Einwände gegen Prüfungsberichte und Einsprüche gegen Bescheide der Finanzbehörden).

Das elektronische Rechtsbehelfsverfahren kann durch das Ausfüllen eines Onlineformulars auf der Internetseite des Finanzministeriums erfolgen:

<http://taxes.caspel.com/2009/modul.php?name=apellyasiya&forma=elektron>

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Vugar Aliyev, Telefon: +994 12 497-2515

### Polen

#### **Sammelkonten (omnibus accounts) im polnischen Gesetz**

Die polnische Regierung hat vor kurzem einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die sogenannten Sammelkonten in das polnische Gesetz einführt.

Ein Sammelkonto ist ein Konto, das formal von einem Unternehmen (z. B. einer Bank) für ein anderes Unternehmen, z. B. einen weltweiten Vermögensverwalter ("Kontoinhaber") unterhalten wird. Der Zweck ist Finanzinstrumente anzulegen, die dem Kontoinhaber nicht wirtschaftlich gehören, sondern den dahinter stehenden Investoren. Die Identität der dahinter stehenden Investoren wird bei der Eröffnung der Sammelkonten nicht bekanntgegeben und somit auch nicht dem kontoführenden Unternehmen (Bank) offengelegt.

Der Gesetzesentwurf ändert, neben den Änderungen des Gesetzes über den Handel mit Finanzinstrumenten und einiger anderen Gesetze, ebenfalls die Quellensteuerregelungen im polnischen Körperschaftssteuer- und Einkommensteuergesetz, sowie das entsprechende Verfahrensrecht.

Die vorgeschlagenen Änderungen zeigen, dass die Finanzbehörden mit den Problemen bei der Bestimmung der steuerlichen Ansässigkeit oder der Stellung des Nutzungsberechtigten (beneficial owner) bei Zahlungen von Zinsen und Dividenden aus Polen (diese unterliegen in Polen der Quellensteuer) an Vermögensverwalter vertraut sind. Es sollte allerdings beachtet werden, dass die vorgeschlagenen Änderungen die Auslegungsprobleme bezüglich der Besteuerung von grenzüberschreitenden Zahlungen über Sammelkonten nicht lösen.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:  
Malgorzata Jablonska, Telefon: +49 30 2636-3084  
Wieslawa Ksycka, Telefon: +48 71 356-1161

## Rumänien

### **Änderung des steuerlichen Verfahrensrechts**

Am 21. Juni 2011 wurde ein neues Gesetz mit Änderungen des steuerlichen Verfahrensrechts veröffentlicht. Das Gesetz setzt die Regierungsverordnung Nr. 88/2010 mit einigen Änderungen in Kraft. Die wichtigsten Änderungen beziehen sich auf die folgenden Punkte:

- **Zweitbüros**

Das Gesetz bringt Klarheit über die Anmeldung und die Gehaltszahlungen im Falle von Zweitbüros. Es wurde klargestellt, dass das Zweitbüro zur Anmeldung für Lohnsteuerzwecke sowie zur Steuerabführung verpflichtet ist. Die Erklärungsverpflichtung der entsprechenden Steuerschuld liegt jedoch beim Arbeitgeber, der das Zweitbüro gegründet hat und nicht beim Zweitbüro an sich.

Die für das Zweitbüro zuständigen Lohnsteuerbehörden sind dieselben Behörden, die für die Verwaltung der steuerlichen Verpflichtungen des Arbeitgebers (Gründer des Zweitbüros) zuständig sind.

Die Steueranmeldung des Zweitbüros fällt jedoch unter die Zuständigkeit der Steuerbehörden, die für das Gebiet des Zweitbüros verantwortlich ist.

- **Aufhebung oder Änderung von Verwaltungsakten**

Das Gesetz bestimmt ausdrücklich, dass der Widerruf oder die Aufhebung von steuerlichen Verwaltungsakten, durch die eine Steuerschuld entstanden ist, die gleiche Wirkung für die steuerliche Nebenleistungen festsetzenden Verwaltungsakte sowie Folgebescheide hat, selbst wenn die letzten beiden genannten Dokumente noch nicht am Gerichtshof abgelehnt worden sind. Der Widerruf, die Aufhebung oder die Änderung der Verwaltungsakte wird durch die Finanzbehörden durchgeführt, indem sie einen neuen steuerlichen Verwaltungsakt erlassen.

- **Online-Einreichung von Steuererklärungen**

Das Gesetz bestimmt das Einreichungsdatum von Online-Steuererklärungen als das Datum des elektronischen Übermittlungsprotokolls, da das Protokoll durch das System generiert wird, das die Angaben verarbeitet und speichert.

- **Berichtigung von materiellen Fehlern**

Das Gesetz bestimmt eine neue Frist für die Einreichung von Anträgen bezüglich der Berichtigung materieller Fehler. Diese Frist umfasst 5 Jahre, beginnend am 1. Januar des Jahres, das auf das Jahr, in dem die eigentliche Zahlung erfolgte, folgt.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Alex Massaci, Telefon: +40 21 202-8658

## Russland

### **Änderung des Datenschutzgesetzes**

Am 25. Juli 2011 wurde das Änderungsgesetz zum Föderalen Gesetz Nr. 152-FZ "Über persönliche Daten" (im Folgenden - Datenschutzgesetz) verabschiedet. Die erste Lesung des Gesetzes erfolgte bereits im Jahre 2009. Seine zweite und dritte Lesungen fanden jedoch am 1. und 5. Juli 2011 statt. Obwohl das Gesetz am 27. Juli 2011 in Kraft trat,

erstreckt sich sein Anwendungsbereich rückwirkend auf alle Rechtsverhältnisse, die ab dem 1. Juli 2011 entstanden sind.

Der Grund für diese eilige Verabschiedung des Änderungsgesetzes liegt unter anderem darin, dass das bisherige Gesetz einige Regelungslücken enthält sowie strenge Anforderungen an die verantwortlichen Stellen vorsieht. So waren diese verpflichtet, bestehende Datenverarbeitungssysteme bis zum 1. Juli 2011 an die Anforderungen des Datenschutzgesetzes anzupassen. Viele russische und in Russland tätige ausländische Unternehmen sahen sich kaum in der Lage, die Gesetzesanforderungen in vollem Umfang zu erfüllen. Angesichts der Anpassungsanforderungen stieß das bisherige Datenschutzgesetz auf heftige Kritik. Daher griff man zunächst auf den bereits seit 2 Jahren in der Duma liegenden Gesetzesentwurf zurück.

Das dem Änderungsgesetz zugrundeliegende Ziel war, bisherige Gesetzesbestimmungen zu konkretisieren und die Anforderungen an die verantwortlichen Stellen (Unternehmen), die selbständig oder gemeinsam mit anderen Personen eine personenbezogene Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung vornehmen und/oder diese Tätigkeiten organisieren, möglichst zu vereinfachen. Dieses ursprüngliche Ziel wurde jedoch nur bedingt erreicht. Die strengen Anforderungen an die personenbezogene Datenverarbeitung im neuen Gesetz bleiben bestehen.

Überdies wurden zusätzliche Verpflichtungen eingeführt, wie etwa: Das Unternehmen bzw. die verantwortliche Stelle ist nunmehr verpflichtet, seine unternehmensinterne Politik im Bereich der Verarbeitung personenbezogener Daten sowie die Datenschutzmaßnahmen zu veröffentlichen oder auf sonstige Weise zugänglich zu machen. Außerdem muss eine Person ernannt werden, die für die Datenverarbeitung zuständig ist (Datenschutzbeauftragter). Das Datenschutzgesetz sieht nunmehr auch grundlegende Pflichten solcher Datenschutzbeauftragter vor. Darüber hinaus hat ein Unternehmen bis zum 1. Januar 2013 zusätzliche, im Gesetz festgelegte Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten der zuständigen Behörde (Roskomnadzor) vorzulegen, wenn eine solche Verarbeitung noch vor dem 1. Juli 2011 stattgefunden hat. Des Weiteren muss das Unternehmen unternehmensintern kontrollieren bzw. prüfen (Datenschutzaudit), ob die personenbezogene Datenverarbeitung dem Datenschutzgesetz, den auf seiner Grundlage erlassenen Durchführungsverordnungen sowie den unternehmensinternen Datenschutzvorschriften entspricht. Aus dem Gesetzestext ist jedoch nicht ersichtlich, wie eine solche Prüfung durchzuführen und zu belegen ist.

Im neuen Datenschutzgesetz wurden Begrifflichkeiten und Prinzipien der personenbezogenen Datenverarbeitung konkretisiert. Außerdem sieht das Gesetz vor, dass der Betroffene der Verarbeitung personenbezogener Daten nicht nur persönlich, sondern auch durch seinen Vertreter zustimmen kann. In diesem Fall muss die verantwortliche Stelle entsprechende Befugnisse des Vertreters überprüfen.

Einige Änderungen betreffen die Beendigung der Datenverarbeitung: Ist das Ziel der Datenverarbeitung erreicht oder liegt eine schriftliche Verweigerung des Betroffenen vor, so ist die verantwortliche Stelle verpflichtet, die Datenverarbeitung unverzüglich zu beenden und die Daten innerhalb gesetzlicher Frist von 30 Tagen zu löschen, es sei denn, die verantwortliche Stelle und der Betroffene etwas anderes vertraglich vereinbart haben. Die bisherige gesetzliche Regelung sah eine kurze Frist von 3 Tagen und keine Möglichkeit vor, abweichende Fristen vertraglich festzulegen.

Bei grenzüberschreitender Datenverarbeitung gilt nun, dass das Erfordernis eines angemessenen Rechtsschutzes im ausländischen Staat dann eingehalten ist, wenn das ausländische Recht den Anforderungen des Übereinkommens vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten genügt bzw. entspricht. Dies ist für Deutschland der Fall.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass das neue Gesetz keine erheblichen Erleichterungen in Bezug auf Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten

gebracht hat. Die in Russland tätigen Unternehmen müssen auch weiterhin die strengen Anforderungen des Datenschutzgesetzes erfüllen und mit den Umsetzungskontrollen seitens Roskomnadzor rechnen.

Weitergehende Informationen zu den Anforderungen an Unternehmen und die bis zum 1. Juli 2011 vorzunehmenden Anpassungen finden Sie in unserem Juli-Newsletter Russian Tax and Legal News:

<http://blogs.pwc.de/russland-news/2011/08/juli-ausgabe-des-newsletters.html>

### ***Regeln des Lieferortes auf Betriebe und Dienstleistungen anwendbar***

Den neuen Bestimmungen des Steuergesetzbuches (SteuerGB RF) entsprechend soll der Lieferort für eine Zahl benannter Dienstleistungen, die entlang des Kontinentalschelfs oder innerhalb der Wirtschaftszone der Russischen Föderation erbracht wurden, dem Gebiet der Russischen Föderation entsprechen. Solche Dienstleistungen beziehen sich hauptsächlich auf die Entdeckung und Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.

### ***Umsatzsteuerliche Behandlung von Summendifferenzen***

Für den Fall, dass der Transaktionspreis in einer ausländischen Währung ausgezeichnet ist und die Zahlung in Rubel zum (dem Tag gültigen) Umrechnungskurs erfolgt, hat das Gesetz spezielle Regeln für die Umsatzsteuerberechnung festgelegt. Umsatzsteuer bei einer Ausfuhrlieferung wird durch die Umrechnung der ausländischen Währung in Rubel (zum Umrechnungskurs am Tage des Versands) bestimmt. Es werden keine Berichtigungen auf folgende Zahlungen durchgeführt.

Abgeführte und dem Käufer zuzuordnende Einfuhrumsatzsteuer in Verbindung mit einem entsprechendem Kauf von Waren (Betriebe, Dienstleistungen) und Besitzrechten, wird am Tage der Annahme (Buchung) bestimmt. Am Tage der folgenden Zahlung werden keine Berichtigungen durchgeführt.

Die aktuelle Fassung des SteuerGB RF beinhaltet keine Bestimmungen zur ausdrücklichen Regelung der umsatzsteuerlichen Behandlung von Summendifferenzen. Das Gesetz besagt ausdrücklich, dass Umsatzsteuer für den Verkäufer und den Käufer am Tage der Lieferung / Annahme der Waren (Betriebe, Dienstleistungen) berechnet wird.

### ***Ausfuhrumsatzsteuer bei Wertsteigerungen / Wertminderungen von gelieferten Waren (Betriebe, Dienstleistungen) und Besitzrechten***

Das Gesetz regelt nunmehr die Methodik zur Bestimmung von Ausfuhrumsatzsteuer in Fällen von Wertsteigerungen / Wertminderungen von gelieferten Waren (Betriebe, Dienstleistungen) und Besitzrechten. Für solche Fälle wurde die sogenannte Korrekturrechnung eingeführt. Die Korrekturrechnung soll vom Lieferant ausgestellt werden in Fällen von Veränderungen des Werts der Lieferung, und sie dient als Grundlage für Umsatzsteueranpassungen auf der Ebene des Käufers sowie Verkäufers. Das Gesetz enthält eine Liste mit verpflichtenden Angaben auf der Korrekturrechnung.

Folglich ordnet das Gesetz ein neues dokumentarisches Verfahren an, das im Falle von Veränderungen des Werts der Transaktionen angewendet werden soll. Dieses Verfahren unterscheidet sich erheblich von dem, welches derzeit oftmals in der Praxis angewandt wird. Daher kann angenommen werden, dass die neuen Bestimmungen einen wesentlichen Einfluss auf Unternehmen, die aktuell Gutschriften benutzen, haben werden.

Die zusätzliche Ausfuhrumsatzsteuer für Wertsteigerungen von gelieferten Waren (Betriebe, Dienstleistungen) und Besitzrechten soll nach den neuen Bestimmungen vom Verkäufer im ursprünglichen Zeitraum der Lieferung angemeldet werden (d. h. eine geänderte Umsatzsteuererklärung muss eingereicht werden). Der Käufer wiederum ist zur Erstattung von Einfuhrumsatzsteuer auf Grundlage der Korrekturrechnung während eines Zeitraums von maximal 3 Jahren nach der Ausstellung durch den Verkäufer, berechtigt.

Im Falle von Wertminderungen der Lieferungen ist der Käufer für eine Anpassung der erstatteten Einfuhrumsatzsteuer im Zeitraum, in welchem die Berichtigung durchgeführt wurde, verantwortlich. Der Verkäufer ist zur Reduzierung seiner zuvor berechneten Ausfuhrumsatzsteuerverpflichtung auf Grundlage der Korrekturrechnung innerhalb von 3 Jahren nach Datum der Ausstellung berechtigt. Folglich müssen Steuerpflichtige bei rückwirkenden Wertminderungen von Lieferungen, keine geänderte Umsatzsteuererklärung einreichen.

### ***Ausfuhrumsatzsteuerhaftung des Erst- und Folgegläubigers unter Zuweisung der Forderungen***

Die aktuelle Fassung des SteuerGB RF beinhaltet keine Bestimmungen, die speziell die Bestimmung von Ausfuhrumsatzsteuer durch den Erstgläubiger im Falle einer Zuweisung von Forderungen regeln. Laut Gesetz soll dies als Differenz zwischen den Erträgen (Einnahmen), die vom Erstgläubiger aus der Zuweisung über den Wert der zugewiesenen Forderungen erzielt wurden, bestimmt werden.

Desweiteren soll nach den neuen Bestimmungen nur noch die aus den Forderungen abgeleitete Gewinnmarge der Umsatzsteuer auf Ebene des neuen Gläubigers, egal ob die Forderungen aus umsatzsteuerpflichtigen oder nicht-umsatzsteuerpflichtigen Warenlieferungen (Betriebe, Dienstleistungen) oder Besitzrechten entstanden sind, unterliegen.

### ***Anwendung des Null-Umsatzsteuersatzes***

In der Liste der steuerfreien Speditionsleistungen wurden die Leistungen für die Organisation der Zollabfertigung durch Zollabfertigungsleistungen ersetzt.

### ***Dokumentarische Unterstützung für umsatzsteuerfreie Lieferungen***

Um die Berechtigung zur Anwendung des Null-Umsatzsteuersatzes nachzuweisen, ist nicht mehr zwingend ein Kontoauszug vorzulegen, sondern lediglich Vertrags- und Transportdokumente.

### ***Null-Umsatzsteuersatz für den Bahntransport in die Zollunion***

Beim Bahntransport berücksichtigt die derzeitige Fassung des Artikels 165 SteuerGB RF nicht die dokumentarischen Besonderheiten im Falle eines Transports in die Zollunion. Daher werden Bahntransportleistungen derzeit mit 18 % Umsatzsteuer besteuert.

Diese Regelung wurde nunmehr geändert.

Diese Änderungen sollten die praktischen Schwierigkeiten, die derzeit bei Unternehmen, welche Güter per Bahn in Länder der Zollunion exportieren, lösen.

### ***Anpassung der Erstattung von Einfuhrumsatzsteuer***

Das Gesetz beinhaltet Bestimmungen, welche den Steuerpflichtigen zur Anpassung kürzlich erstatteter Einfuhrumsatzsteuer (falls die dazugehörigen Käufe für umsatzsteuerfreie Lieferungen weiter genutzt werden sollen) verpflichten.

Die Änderungen sehen ebenfalls eine Anpassung der erstatteten Einfuhrumsatzsteuer vor, wenn der Steuerpflichtige Subventionen für die Rückerstattung von Ausgaben inklusive Umsatzsteuer sowie für die Rückerstattung von Ausgaben, die mit der Zahlung von Zollumsatzsteuer zusammenhängen, aus dem Staatshaushalt erhält.

### ***Verteilung der Einfuhrumsatzsteuer auf umsatzsteuerpflichtige sowie nicht-umsatzsteuerpflichtige Tätigkeiten***

Das Gesetz sieht vor, dass (im Falle von nichtumsatzsteuerpflichtigen Tätigkeiten) der Steuerpflichtige zur Erstattung des kompletten Einfuhrumsatzsteuerbetrags, sofern der Kostenanteil für nichtumsatzsteuerpflichtige Tätigkeiten 5 % der gesamten Produktionskosten nicht überschreiten, berechtigt ist (5 % Regel).

Aufgrund des eher allgemeinen Wortlauts dieser 5 % Regel ist es zur Zeit unklar, ob diese Regel von Unternehmen, die keine Produktionstätigkeiten (z. B. Handelsunternehmen) ausüben und damit mehrere Streitigkeiten mit den Finanzbehörden ausgelöst haben, angewandt werden kann. Zuzüglich der in dem 5 % Berechnungsverfahren genannten "Produktionskosten" wurden nunmehr entsprechend der aktuellen Änderungen auch die Ausgaben für den Erwerb und Verkauf von Gütern (Betriebe, Dienstleistungen) und Besitzrechten in die Berechnung der 5 % Regel mit aufgenommen. Mithin kann von einer sinkenden Anzahl von Streitigkeiten und Gerichtsverfahren in Bezug auf die 5 % Regel ausgegangen werden.

Nunmehr ist der Steuerpflichtige zur Geltendmachung der Einfuhrumsatzsteuer auf Grundlage des im Monat (eher als Quartal) des Erwerbs berechneten Anteils berechtigt, sofern es sich um Anlagevermögen oder immaterielle Vermögenswerte handelt, die im ersten und zweiten Monat des Quartals erworben wurden.

Die neuen Bestimmungen ermöglichen eine exakte Bestimmung des Anfangswerts des Anlagevermögens oder der immateriellen Vermögenswerte in dem Monat, in dem sie verbucht wurden sowie eine korrekte Spiegelung der Abschreibung während des Quartals, in dem sie erworben wurden.

Ihre Ansprechpartner in Deutschland:  
Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483  
Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252  
Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

**Russland-Blog:** <http://blogs.pwc.de/russland-news>

## Slowakei

### ***Erweiterung der Regeln für die Bestimmung der Besteuerungsgrundlage auf Marktpreisbasis auf Leistungen zwischen nahestehenden Personen***

Der Europäische Gerichtshof („EuGH“) hat sich in der Rechtssache C-285/10 (Campsa Estaciones de Servicio SA gegen Administración del Estado) mit der Frage befasst, ob ein EU-Mitgliedsstaat eine andere als die von der Sechsten Richtlinie über die Umsatzsteuern vorgesehene allgemeine Regel für die Bestimmung der Besteuerungsgrundlage auf Umsätze zwischen nahestehenden Personen anwenden kann, auch wenn er das dort festgelegte Verfahren für die Einholung der Ermächtigung zur Einführung einer solchen von der allgemeinen Regel abweichenden Maßnahme nicht befolgt hat. Konkret sollte der EuGH entscheiden, ob ohne eine solche Ermächtigung ein EU-Mitgliedsstaat für Leistungen zwischen nahestehenden Personen, die einen erkennbar unter dem normalen Marktpreis liegenden Preis vereinbart haben, die Umsatzsteuerentrichtung vom Marktpreis statt dem tatsächlich erhaltenen Gegenwert fordern kann.

Der EuGH lehnte dies ab.

Die obige Entscheidung unterstreicht, wie wichtig es ist, bei Streitigkeiten mit den Steuerbehörden bezüglich der Richtigkeit der angewandten umsatzsteuerlichen Behandlung von Geschäftsvorfällen ebenfalls zu überprüfen, ob der EU-Mitgliedsstaat bei der Implementierung der entsprechenden Bestimmung in sein nationales Recht sämtliche formellen, vom EU-Recht festgelegten Anforderungen eingehalten hat. Eine solche Überprüfung empfehlen wir vor allem bei Streitigkeiten, die sich auf Bestimmungen berufen, die mit Ausnahmen aus den allgemeinen Besteuerungsregeln zusammenhängen.

### ***Reverse-Charge Verfahren bei Wareneinfuhr***

Das slowakische Finanzministerium schlägt vor, die Möglichkeit der Anmeldung der Umsatzsteuer bei Wareneinfuhr über die Umsatzsteuererklärung (sog. Reverse-Charge

Verfahren) einzuführen. Nach der jetzigen Regelung muss der Umsatzsteuerzahler die Einfuhrumsatzsteuer dem Zollamt bei der Überführung der Ware in das entsprechende Zollgebiet entrichten. Der größte Vorteil der vorgeschlagenen Änderung ist die positive Auswirkung auf die Geldflüsse des Umsatzsteuerzahlers.

Das Reverse-Charge Verfahren bei Wareneinfuhr wird jedoch nur der Umsatzsteuerzahler anwenden können, der die gesetzlichen Bedingungen erfüllt. Es geht vor allem um Großimporteure, die gleichzeitig „steuerlich verlässlich“ (d.h. nicht im Steuerrückstand) sind.

Das Inkrafttreten der Novelle ist für den 1. Januar 2013 vorgesehen.

### **Änderung des Arbeitsgesetzbuches**

Am 13. Juli 2011 hat das slowakische Parlament eine umfangreiche Novelle zum Arbeitsgesetzbuch (Gesetz Nr. 311/2001 GBl. in der geltenden Fassung) verabschiedet. Diese Novelle führt neue Regeln ein, die durch höhere Flexibilität in Arbeitsbeziehungen und eine Verringerung der Bürokratie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen sollen.

Die Novelle bringt Änderungen insbesondere im Bereich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, regelt die Kompetenzen der Gewerkschaften, stärkt den Elternschutz und den Schutz von schwangeren Frauen, regelt die Abfindung für leitende Angestellte und vieles mehr.

Zu den wichtigsten Änderungen, die mit der Novelle eingeführt werden, zählen:

- Die Probezeit für leitende Angestellten, die dem Vorstand oder einem Vorstandsmitglied direkt untergeordnet sind, sowie deren direkt zugeordnete Mitarbeiter, sollte höchstens 6 Monate dauern; im Tarifvertrag kann jedoch für diese leitenden Angestellten eine Probezeit von 9 Monaten und für gewöhnliche Arbeitnehmer eine Probezeit von 6 Monaten vereinbart werden.
- Ein befristetes Arbeitsverhältnis kann für bis zu 3 Jahre geschlossen werden (derzeit sind es 2 Jahre).
- Es wird möglich sein, einen Arbeitsplatz unter mehreren Teilzeitbeschäftigten zu verteilen.
- Die Kündigungsfrist soll grundsätzlich 1 Kalendermonat dauern (derzeit sind es 2 Monate); die Kündigungsfrist soll ebenfalls von der Gesamtdauer des Arbeitsverhältnisses abhängig sein (bis zu 3 Monaten).
- Die Regeln für Massenentlassungen werden flexibilisiert.
- Die Abfindung wird als das Ergebnis des durchschnittlichen monatlichen Verdienstes des Arbeitnehmers multipliziert mit der Anzahl der Monate der Kündigungsfrist ermittelt; zugleich wird der parallele Lauf der Kündigungsfrist und des Anspruchs auf die Auszahlung der Abfindung aufgehoben.
- Die Möglichkeit der Einschränkung der Erwerbstätigkeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird eingeführt (sog. „Wettbewerbsklausel“).
- Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit eines leitenden Angestellten kann länger als 48 Stunden dauern, sofern er damit einverstanden ist; sie darf jedoch 56 Stunden nicht überschreiten.
- Das sog. Arbeitszeitkonto wird eingeführt und die Regeln für flexible Arbeitszeiten werden angepasst.
- Nach Erreichung des 33-ten Lebensjahres wird jeder Arbeitnehmer einen Anspruch auf 5 Wochen Urlaub im Kalenderjahr haben (mit Wirkung vom 1. Januar 2012).
- Die Regeln für die Tätigkeit der Gewerkschaften werden angepasst.

Die Novelle soll am 1. September 2011 in Kraft treten; einige Regelungen werden jedoch erst am 1. Januar 2012 wirksam.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Tomas Alaxin, Telefon: +421 2 59 350 664

## Tschechien

### **Steuerreform - einen Schritt weiter**

Im Juni hat das Finanzministerium weitere Erläuterungen zu dem Gesetzesentwurf über Gesetzesänderungen, die mit der Gründung einer zentralen Übermittlungsstelle in Verbindung stehen, veröffentlicht. Es handelt sich um eine Reihe von Gesetzesänderungen bezüglich direkter Steuern und den Pflichtversicherungen, die die sogenannte dritte Säule der Steuerreform darstellt. Die Änderungen sollen auf der bereits bestehenden ersten Säule (neues Steuergesetzbuch) sowie auf der geplanten zweiten Säule (zentrale Übermittlungsstelle) aufbauen. Das Ziel ist die Erleichterung der Kommunikation mit den Behörden durch die Einführung eines Formulars, einer Zahlung und eines Kontos, auf das Steuern und Pflichtversicherungsbeträge eingezahlt werden. Bezüglich der zentralen Übermittlungsstelle soll das vorgeschlagene Gesetz am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Steuerpflichtige und Steuerberater werden deshalb mehr Zeit haben, sich auf das neue System vorzubereiten.

### **Leistungen an feste Niederlassungen/Betriebsstätten können der Umsatzsteuer unterliegen**

Die neue EU-Durchführungsverordnung Nr. 282/2011, gültig seit 1. Juli 2011, ändert die Definition einer "festen Niederlassung" (Betriebsstätte) für die Bestimmung des Leistungsortes.

Insbesondere die festen Niederlassungen /Betriebsstätten, die für umsatzsteuerlichen Zwecke nicht gemeldet sind, sowie Unternehmen, die Leistungen an Niederlassungen / Betriebsstätten ausführen, sollten die Änderung beachten, damit eine korrekte Umsatzsteuerbehandlung erfolgt.

Im Einklang mit der neuen EU-Durchführungsverordnung ist eine feste Niederlassung / Betriebsstätte fähig, Dienstleistungen zu empfangen und zu verwenden, wenn:

- die Einrichtung einen hinreichenden Grad an Beständigkeit hat sowie
- eine Struktur aufweist, die von ihrer personellen und technischen Ausstattung ausreichend ist, um die Dienstleistungen zu nutzen

Insoweit ist es nicht erforderlich, dass die Betriebsstätte selbst Leistungen erbringt.

Aufgrund der neuen Verordnung werden einige an Niederlassungen/Betriebsstätten erbrachte Leistungen der tschechischen Umsatzsteuer unterliegen. Gegebenenfalls kann eine Verpflichtung zur Umsatzsteueranmeldung durch den Empfang einer Leistung ausgelöst werden. Die Verordnung gilt für die Steuerpflichtigen und Steuerbehörden unmittelbar und verbindlich, ohne eine Umsetzung in das tschechische Umsatzsteuergesetz.

Ihre Ansprechpartnerin vor Ort:  
Lenka Mrázová, Telefon: +420 2 5115-2553

## Ukraine

### Änderungen des Steuergesetzes

#### *Steuerstrafverfahren*

- Die Höchststrafen für Steuerhinterziehung wurden von 75 % auf 50 % der hinterzogenen Steuern gesenkt.
- Geldstrafen in Höhe von 50 % für wiederholte Steuerstraftaten innerhalb von 1095 Tagen werden angewandt, falls die ungenügende Zahlung sich wiederholt auf dieselbe Steuerart (Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer etc.) bezieht.
- Strafen für zu hoch angegebene steuerliche Verluste wurden abgeschafft.

#### *Steuerberatung*

- Das Gesetz führt eine Verjährungsfrist von 30 Kalendertagen für die individuelle Steueraufklärung durch die Finanzbehörden ein.
- Das Zentralamt für Steuern ist berechtigt Steuerrichtlinien zu erlassen, die die gleiche Wirkung haben, wie Einzelfallentscheidungen. Im Gegensatz zu Einzelfallentscheidungen können sich auf diese sämtliche Steuerpflichtigen stützen.

#### *Definition der Betriebsstätte*

- Ein Ansässiger, der im Namen eines Nichtansässigen handelt, wird nicht als ständiger Vertreter (Betriebsstätte) behandelt, wenn (a) er im Namen mehrerer Nichtansässigen handelt und/ oder (b) er im gewöhnlichen Betriebsablauf handelt.
- Solche ständige Vertreter müssen nicht mehr beim Finanzamt angemeldet werden.

#### *Temporäre und permanente Steuerdifferenzen*

- Die Einführung einer Berichtspflicht über temporäre und permanente Steuerdifferenzen wurde bis 2013 verschoben.

#### *In-Kraft-Treten*

- Die Mehrheit der Änderungen treten am Tag nach deren Veröffentlichung in Kraft. Diese Änderungen werden höchstwahrscheinlich ab August 2011 (3. Quartal 2011) gelten.

### Änderungen des Steuergesetzbuchs in Bezug auf Umsatzsteuer

#### *Freiwillige Anmeldung zum Umsatzsteuerpflichtigen*

- Die Liste der Unternehmen, die zur freiwilligen Anmeldung berechtigt sind, wurde erweitert. Zusätzlich zu den bestehenden Kriterien kann ein Unternehmen eine freiwillige Umsatzsteueranmeldung beantragen, sofern sein Stammkapital oder der Buchwert seines Vermögens (Anlagevermögen, immaterielle Wirtschaftsgüter, Vorräte) UAH 300.000 (EUR ca. 26.000) überschreitet. Solche Unternehmen können eine freiwillige Anmeldung, unabhängig von dem Umfang der umsatzsteuerpflichtigen Transaktionen und Lieferungen an andere Umsatzsteuerpflichtige, beantragen. Das bedeutet, dass ein Unternehmen mit einem Stammkapital von UAH 300.000 (EUR ca. 26.000) sich sofort nach seiner Gründung als Umsatzsteuerpflichtiger anmelden kann.

### **Ähnliche Leistungen beratender Natur**

- Die Liste von nicht steuerbaren Leistungen, die an nichtansässige Empfänger ausgeführt wurden, wurde gekürzt. Insbesondere der Punkt "andere ähnliche Leistungen beratender Natur" wurde von der Liste gestrichen. Deshalb werden nur Leistungen, die eindeutig als "Beratungsleistungen" identifizierbar sind, nicht steuerbar (falls sie an nicht ansässige Empfänger ausgeführt werden). Das könnte zu zusätzlichen Kosten in Höhe von 20 % für die nichtansässigen Empfänger solcher Leistungen führen.

### **Kriterien für den automatischen Vorsteuerabzug**

- Es wurden vorteilhaftere Kriterien für den automatischen Vorsteuerabzug eingeführt:
  - Die Leistungen eines Steuerpflichtigen, die einer 0 %-igen USt unterliegen, sollte nicht unter 40 % der gesamten Leistungen während der vorangegangenen zwölf Monate/vier Quartalen liegen;
  - Die Gesamtdifferenz zwischen der Umsatzsteuergutschrift des Steuerpflichtigen und den Umsatzsteuerverbindlichkeiten seiner Auftraggeber sollte, basierend auf den **in den drei vorangegangenen Berichtszeiträumen (Quartal)** ausgestellten Umsatzsteuerrechnungen, 10 % des Umsatzsteuer-rückzahlungsanspruchs nicht überschreiten.

### **Umsatzsteuerrechnung**

- Neue Pflichtangaben für die Umsatzsteuerrechnung wurden eingeführt. Der Steuerpflichtige soll in der Rechnung die Produktnummer nach dem Zollltarif ausweisen, sofern die Lieferung steuerpflichtige Waren oder Waren, die davor in die Ukraine importiert wurden, betrifft.

Ihr Ansprechpartner vor Ort:  
Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906-777

## **Blog**

Zusätzliche Informationen zum Thema Osteuropa finden Sie auch in unserem Blog unter:

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

---

## **Englische Übersetzung**

### **Azerbaijan**

#### **Applying to the Tax Appeal Council via Internet**

The Tax Appeal Council of the Ministry of Taxes (TAC) has introduced a possibility to apply via internet. TAC is the division in the Ministry of Taxes reviewing taxpayers' appeals, including appeals against tax audit reports and decrees of the tax authorities.

Electronic application shall be made by filing of an online application form from the link of the Ministry of Taxes website:

<http://taxes.caspel.com/2009/modul.php?name=apellyasiya&forma=elektron>

## Poland

### *Omnibus accounts in Polish law*

The Polish Government has recently presented a bill, introducing so-called omnibus accounts to the Polish law.

An omnibus account is an account which is formally held by an entity (e.g. a bank) for another entity, e.g. a global custodian ("Account Owner"), in order to deposit financial instruments, which are not beneficially owned by the Account Owner but by underlying investors. The identities of the underlying investors are not recorded in the omnibus account and thus are not disclosed to the entity carrying the account (bank).

The bill, aside from amending the law on turnover of financial instruments and few other acts, would also amend WHT regulations included in the Polish CIT Law and Polish PIT Law, as well as the Tax Code.

The proposed changes demonstrate that the tax authorities are aware of problems related to determining tax residency and beneficial owner status of entities receiving interest and dividends from Poland (which are subject to WHT in Poland) in respect of payments of interest and dividends from Poland to entities acting agents. Simultaneously, it should be noted that the proposed changes do not solve the interpretation issues concerning taxation of cross boarder payments made through omnibus accounts.

## Romania

### *Amendments to the Fiscal Procedural Code*

A new law amending the Fiscal Procedural Code was published on 21 June 2011. The Law enforces Governmental Ordinance no. 88/2010 with some amendments, the most important of which refer to the following:

- **Secondary offices**

The Law brings clarifications regarding the registration for and payment of salary contributors in case of a secondary office. It specifies expressly that the secondary office has the obligation to register for salary tax purposes and pay the taxes. However, the obligation to declare the related tax due falls under the duty of the contributor that established the secondary office, not under the duty of the secondary office.

The competent authorities for administrating the tax on revenue from salaries due by the secondary offices are the same tax authorities competent for administrating the fiscal obligations of the contributor which set up those secondary offices.

The tax registration of the secondary office, however, falls under the competency of the tax authorities on whose territorial jurisdiction the secondary office is located.

- **Dissolution or modification of administrative acts**

The Law expressly states that the cancellation or the irrevocable dissolution of a tax administrative act that established principal tax liabilities has the same effect on the tax

administrative acts establishing accessory obligations, as well as on subsequent tax administrative acts issued based on the initial tax administrative act, even when in the last two types of documents mentioned above have not had been challenged in a court of justice. The cancellation, the dissolution or the modification of those acts will be realised by the tax authorities issuing a new tax administrative act in this respect.

- **Submitting tax returns online**

The Law provides that the submission date for tax returns filed online will be considered to be the date of the electronic confirmation message which validates the return, as it is transmitted by the system validating and manipulating the information.

- **Correction of material errors**

The Law provides a new deadline for the submission of the requests for correcting material errors, namely five years, starting 1 January of the year following the one in which the actual payment was made.

## Russia

### *Amendments to the Data Protection Act*

On 25 July 2011 amendments to the Federal Law # 152-FZ "On personal data" ("data protection act") were passed. The first reading of the law had already been in 2009. Its second and third reading, however, were on 1 and 5 July 2011. Although the law entered into force on 27 July 2011, its scope reaches, ex post facto, for any legal relationship since 1 July 2011.

The reason for this urgent passing of the amending law lies, among others, in the regulatory gap of the previous law as well as in the strict requirements for the so-called responsible entities (for instance all Russian companies). Those were obliged to adjust existing data processing systems to the requirements of the data protection act until 1 July 2011. Many Russian companies as well as in Russia operating foreign companies had not the ability to fully meet the law requirements. Considering the adjustment requirements, the previous data protection act was met with stiff criticism. That is why the draft law, which had already been in the Duma for two years, was reverted to.

The amending law's underlying purpose was to specify the previous statutes and to simplify the requirements for the responsible data processes (companies), which, independently or together with other people, perform a personal data collection, data processing and data usage and/or organize these activities. This original goal could only be achieved partly. The strict requirements regarding the personal data processing remain in the new law.

Besides, additional obligations were introduced, such as: The company or the responsible authority is now obliged to publish its intra-company politics in the area of personal data processing as well as data protection measures or to make it accessible in another way. Furthermore, a person responsible for the data processing has to be appointed (data protection officer). The data protection act now provides basic obligations of such data protection officers. In case data processing had been performed before 1 July 2011, the company has to submit additional statutory information about the personal data processing to the responsible authority (Roskomnadzor) until 1 January 2013. The company must also check or examine intra-company (data protection audit) whether the personal data processing corresponds to the data protection act, the by-laws (issued on its basis) as well as to the intra-company data protection regulations. From the law's wording, however, it is not apparent how such an audit is to be performed or documented.

Terminology and principles of the personal data processing were specified in the new data protection act. The law also provides that the affected person of the personal data processing may agree not only by himself but also through his representative. In this case the responsible authority has to verify relevant powers of the representative.

Some of the amendments affect the completion of the data processing: In case the data processing's goal has been achieved or a written refusal of the affected person exists, the responsible authority is obliged to immediately end the data processing and to delete the data within a statutory period of 30 days unless the responsible authority and the affected person agreed different things by contract. The previous statutory rule was a short period of 3 days and no possibility of contracting different periods was given.

In case of cross-border data processing the requirement of adequate relief in the foreign country is considered as complied with when the foreign law suffices or meets the requirements of the Convention for the Protection of Individuals with regard to Automatic Processing of Personal Data (from 28 January 1981). That applies for Germany.

All in all the new law did not bring any considerable facilities regarding the collection, processing and usage of personal data. In Russia operating companies still have to meet the strict requirements of the data protection act and they have to expect the implementation controls by Roskomnadzor.

You will find further information regarding the requirements for companies and the adjustments (to be done until 1 July 2011) in our July issue of Russian Tax and Legal News:

<http://blogs.pwc.de/russland-news/2011/08/juli-ausgabe-des-newsletters.html>

### ***Place of supply rules applicable for works (services)***

Under the new provisions of the Tax Code the place of supply for a number of named services rendered on the continental shelf or within the exclusive economic zone of the Russian Federation shall be considered the territory of the Russian Federation. Such services relate mainly to exploration and extraction of hydrocarbons.

### ***VAT treatment of sum differences***

The Law establishes specific rules for VAT calculation in case the price of the transaction is denominated in foreign currency and the payment is executed in roubles at the rate effective at the date of payment. Output VAT shall be determined by converting the foreign currency into roubles at the exchange rate at the date of shipment. No corrections are to be performed upon the following payment.

Input VAT to be recovered by the buyer in relation to the respective purchase of goods (works, services), property rights shall be determined at the date of their acceptance (booking) and no corrections are to be performed at the date of the following payment.

The current version of the Tax Code does not contain provisions expressly regulating the VAT treatment of sum differences. The Law expressly states that VAT shall be calculated for the seller and the buyer at the date of the supply / acceptance of goods (works, services).

### ***Output VAT in case of increases / decreases of the value of the goods (works, services), property rights supplied***

The Law establishes the methodology of determining output VAT in case of increases / decreases of the value of goods (works, services), property rights supplied. Such transactions shall be documented by corrective VAT invoice which is a new type of document. The corrective VAT invoice shall be issued by the supplier in case of changes in the value of supply and it serves as a basis for VAT adjustment at the level of both the buyer and

the seller. The list of items to be mandatorily specified on the corrective VAT invoice is provided in the Law.

Accordingly, the Law sets out a new documentary procedure to be applied in case of changes applied in the value of transactions. This procedure significantly differs from the one which is often currently applied in practice. It may be therefore assumed that the new provisions could substantially impact companies which currently use credit notes in practice.

Under the new provisions, the additional output VAT related to the increase of the value of goods (works, services), property rights supplied, should be reported by the seller in the original period of supply (i.e. amended VAT return should be submitted). The buyer, in turn, has the right to recover input VAT based on the corrective VAT invoice, during a term of maximum three years from the date of its issuance by the seller.

In case of decreases of the value of supplies, the buyer is liable adjusting the additionally recovered input VAT in the period during which this correction was performed. The seller is entitled to reduce its previously charged output VAT liability based on the corrective invoice, within three years from the date of its issuance. Thus, in case of retrospective reductions of the value of supplies, taxpayers are not required to submit adjusted VAT returns.

#### ***Output VAT liability of the initial and subsequent creditor under assignments of accounts receivable***

The current version of the Tax Code does not contain provisions specifically governing the methodology of determining output VAT by the initial creditor in case of assignment of accounts receivable. According to the Law it shall be determined as the difference between the proceeds (revenues) obtained by the initial creditor from the assignment over the value of assigned accounts receivable.

Furthermore, based on the new provisions, only the margin derived from the assignment of accounts receivable shall be subject to VAT at the level of the new creditor, regardless of whether accounts receivable result from VATable or non-VATable supplies of goods (works, services), property rights.

#### ***Application of the 0 % VAT rate***

In the list of zero rated forwarding services, services of organisation of customs clearance are replaced by customs clearance services.

#### ***Documentary support for supplies subject to 0 % VAT***

The bank statement was removed from the list of documents to be mandatorily submitted to the tax authorities in order to confirm the eligibility to use the 0 % VAT rate. This should simplify and speed up the 0 % VAT rate confirmation process.

#### ***0 % VAT rate on railroad transportation to the Customs Union***

For railroad transportation, the current version of the article 165 of the Tax Code does not take into account the specifics of the documentation performed in case of transportation to the Customs Union. As a result currently 18 % VAT is charged on railroad transportation services.

The Law amended the article above and modified provisions on the documentary support which should allow 0 % VAT rate for railroad transportation to the Customs Union.

These amendments should solve out the practical difficulties currently encountered by companies exporting goods to countries of the Customs Union and shipping such goods by railroad.

### ***Adjustment of input VAT recovery***

The Law contains provisions requiring the taxpayer to adjust input VAT previously recovered if the related purchases are to be further used to perform 0 % VAT rated supplies.

The amendments also provide for input VAT recovery adjustment if the taxpayer is subsidized from the Federal budget for the reimbursement of expenses inclusive of VAT, as well as for the reimbursement of expenses related to the payment of customs VAT.

### ***Input VAT allocation among VATable and non-VATable activities***

The legislation establishes that in case of non-VATable activity, the taxpayer is entitled to recover the entire amount of input VAT if the share of costs related to non-VATable activities in the total production costs does not exceed 5 percent ("5 % rule").

Due to the rather generic wording of the provisions referring to the "5 % rule", there is currently an ambiguity whether this rule may be applied by companies involved in activities other than production (e.g., trading companies), which triggered a number of disputes with the tax authorities. According to the Law, in addition to the "production costs" mentioned in the 5 % calculation procedure, the expenses related to the acquisition and sale of goods (works, services), property rights became also clearly included in the 5 % rule calculation. Thus, we expect a reduction of the number of disputes and litigation related to the "5 % rule".

In accordance with the provisions of the Law, for fixed and intangible assets purchased in the first and second months of the quarter, the taxpayer has the right to allocate the input VAT based on the ratio calculated in the month (rather than quarter) of acquisition.

The new provisions allow to exactly determine the initial value of the fixed assets or intangible assets in the month they were booked and to correctly reflect the depreciation during the quarter in which they were acquired.

## **Slovakia**

### ***Extension of rules for determining tax base on market price basis for transactions between related parties***

The European Court of Justice ("ECJ") dealt in case C-285/10, with the question whether the Sixth Directive on value added tax ("VAT") permits Member States to apply the rules for determination of the tax base other than using the general rule stated in the Sixth Directive for transactions between related parties. This could apply where the price was obviously lower than the open market value, (e. g. to require payment of output VAT from the market value instead of value that was actually received) if the Member State did not follow the specific procedure determined in the Sixth Directive in order to obtain authorization for a derogation from the general rule. In this case, the ECJ issued a negative response.

This confirms that for VAT disputes with the tax authorities it is important to review whether the Member State followed all the requirements determined by EU legislation during implementation into local law. We recommend such examination mainly for disputes which refer to the provisions related to the exemption from the general rules of taxation.

### ***Reverse-charge for the import VAT***

The Slovak Ministry of Finance proposes to implement the possibility of reverse-charge of the import VAT from import of goods to Slovakia from outside the EU through the VAT return. Current legislation requires the VAT payer to pay the import VAT to the

customs office at the time of releasing the goods into a particular customs regime. The law is proposed to be effective as of 1 January 2013.

The most important advantage of this proposed change is the positive impact on cash-flow of the VAT payer.

Reverse-charge mechanism for the import VAT will not be possible for all VAT payers, but only for those who will meet the conditions stated in the law. They will mainly be so-called big importers, who will be reliable tax payers, i. e. they will have no tax underpayments.

### ***Amendment to the Labour Code***

On 13 July 2011, the Slovak Parliament approved an extensive amendment to the Act No. 311/2001 Coll., the Labour Code as amended, introducing new rules which should support the creation of new jobs by making labour relations more flexible and by reducing bureaucracy.

The amendment brings changes mainly in layoffs, in labour unions' position, in protection of parents and pregnant women, in severance payments for managing workers and many others. The most significant changes which the amendment brings are as follows:

- The trial period for managing employees within direct control of the statutory body or member of the statutory body, or the managing employees in direct control of these managing employees could be agreed up to six months; nine months trial period for such managing workers, and six months trial period for regular employees could be agreed in the collective agreement;
- employees contract for a definite period could be extended up to three years, instead of the current two years;
- introduction of the option to divide one position between several employees each employed for a shorter work time;
- the notice period should be in general one month instead of the current two months; the notice period also depends on the duration of employment (up to three months);
- the rules for mass layoffs will be more flexible;
- severance payments will be calculated as the average monthly salary of the employee multiplied by the number of months of the notice period; furthermore, the parallel passing of the notice period and the right for severance payments shall be abolished;
- introduction of the option of the so-called "non-competition clause" once the labour contract is terminated;
- the average weekly working time for managing employees could exceed 48 hours, based on their approval, but should not exceed 56 hours;
- introduction of the working time account and new rules in the flexible working time mechanism;
- each employee over the age of 33 will be allowed at least five weeks of holiday per year (effective from 1 January 2012);
- changing the rules for labour unions' operation.

The Act will become effective from 1 September 2011, except for some provisions that will become effective from 1 January 2012.

## Czech Republic

### ***Tax reform - a step further***

In June, the Ministry of Finance moved on for comments the proposal of the Act on changes to acts in connection with the establishment of one collection point (OCP). This is a series of amendments to the laws governing direct taxes and compulsory insurance claims, which represents the so-called third pillar of tax reform. The amendment is to build on the existing first pillar (the new Tax Code) and the forthcoming second institutional pillar (OCP). It aims to simplify communication with the authorities by introducing one form, one payment and one transfer account to which taxes and insurance will be paid. As with the OCP, the effectiveness of the proposed law is set for 1 January 2013. Taxpayers and tax administrators will therefore have more time to prepare for the new system.

### ***Services for establishments and branches may be subject to VAT***

New EU VAT Regulation No 282/2011, valid from 1 July 2011, modifies the definition of a VAT establishment for determining the place of supply of services received.

Attention to the rule change should be paid mainly by establishments and branches not registered for VAT as well as by companies providing services to establishments and branches, so that the correct VAT treatment is applied.

In accordance with the new VAT Regulation a VAT establishment is capable for receiving supplies of services if the establishment or branch:

- has a sufficient level of permanency and
- a sufficient human and technical resources to receive and make use of the services supplied.

It is not decisive whether the establishment carries out economic activities or not.

With respect to the new Regulation some services provided to establishments or branches will be newly subject to Czech VAT. Alternatively an obligation of the establishment or branch to register for VAT can be triggered by receiving a service. The Regulation has direct effect and thus it is binding both for tax payers and Tax Authorities without its specific implementation in the Czech VAT Act.

## Ukraine

### **Amendments to the Tax Code**

#### ***Tax administration Penalties***

- The maximum penalties for tax violations are decreased from 75 to 50 % of the tax underpayment.
- Penalties of 50 % for tax violations repeated within 1095 days are applied in case there is repeated underpayment of the same tax (corporate profits tax, VAT, etc.).
- Penalties for overstatement of tax losses are cancelled.

### ***Tax consultation***

- The law introduces a limitation period of 30 calendar days for provision by the tax authorities of individual tax clarification.
- The central tax office is empowered to issue general tax clarifications, which will have the same force as individual ones. In contrast, they can be used by all tax-payers.

### ***Definition of permanent establishment***

- A resident acting on behalf of a non-resident is not treated as an agency permanent establishment if (a) it acts on behalf of more than one non-resident, and/or (b) it acts in the ordinary course of its business.
- Agency permanent establishments are no longer required to register with the tax authorities.

### ***Temporary and permanent tax differences***

- The introduction of temporary and permanent tax differences reporting is postponed until 2013.

### ***Coming into force***

- The majority of amendments come into force on the next day after publishing. We expect the tax authorities to opine these rules to affect August 2011 (3rd calendar quarter of 2011).

## **Amendments to the Tax Code related to VAT**

### ***Voluntary registration as a VAT payer***

- The list of business entities eligible for voluntary registration has been extended. In addition to existing criteria, an entity may apply for voluntary VAT registration in case the amount of its statutory share capital or the book value of its assets (fixed assets, intangible assets, inventory) exceeds UAH 300 thousand. Such entity may apply for voluntary VAT registration irrespectively of volume of VAT-able transactions performed and the volume of supplies to other VAT-payers. Therefore, a company with UAH 300 thousand of statutory share capital can register as a VAT payer as soon as it is incorporated.

### ***"Similar services of a consulting nature"***

- The list of services not subject to VAT if provided to non-residents has been shortened. In particular, the item "other similar services of a consulting nature" has been excluded from the list. Therefore, only services that can be clearly classified as "consulting" will not be subject to VAT if provided to non-residents. This may result in an additional 20 % cost for the nonresident recipients of such services.

### ***Criteria for automatic VAT refund***

- More favourable criteria for automatic VAT refund are introduced, in particular :
  - the volume of zero-rated transactions of the taxpayer should not be less than **40 %** of total supply during the preceding twelve consecutive tax reporting periods (months)/four quarters;

- total discrepancies between VAT credit of the taxpayer and VAT liabilities of its contractors, based on the VAT invoices issued during **three preceding reporting periods (quarter)** should not exceed 10 % of the total amount of the VAT claimed for refund.

### **VAT invoice**

- New mandatory requisite for the VAT invoice has been introduced. Thus, the taxpayer should indicate in the VAT invoice the **product code per the Customs tariff** in case the supply relates to excisable goods and goods that have been previously imported into Ukraine.

## **Blog**

Please visit our blog for additional information about Eastern Europe.

<http://blogs.pwc.de/blickpunkt-osteuropa>

---

## **Über uns**

### **Ihre Ansprechpartner**

#### **Monika Diekert**

Tel.: +49 30 2636-5225

[diekert.monika@de.pwc.com](mailto:diekert.monika@de.pwc.com)

#### **Daniel Kast**

Tel.: +49 30 2636-5252

[daniel.kast@de.pwc.com](mailto:daniel.kast@de.pwc.com)

#### **Tanja Galander**

Tel.: +49 30 2636-5483

[tanja.galander@de.pwc.com](mailto:tanja.galander@de.pwc.com)

#### **Stanislav Rogojine**

Tel.: +49 30 2636-5207

[stanislav.rogojine@de.pwc.com](mailto:stanislav.rogojine@de.pwc.com)

---

## **Bestellung und Abbestellung**

Wenn Sie den PDF-Newsletter *Osteuropa kompakt* bestellen oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine leere E-Mail mit der Betreffzeile „Bestellung“ bzw. „Abbestellung“ an folgende Adresse: [cornelia.herwig@de.pwc.com](mailto:cornelia.herwig@de.pwc.com)

Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© August 2011 PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

„PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.